

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **V. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal **M. 2,50.**

Inhalt:

	Seite		Seite
Soziale Arbeiterpolitik und Gewerkschaften. XII. (Schluß.) Die Gewerkschaften und die Politik des 4. August 1914	198	Arbeiterbewegung. Gegen die Parteizersplitterung. — Die graphischen Gewerbe gegen die Erhöhung der Tabaksteuer. — Aus den deutschen Gewerkschaften	196
Wirtschaftliche Rundschau	195	Kongresse. Ein gewerkschaftlicher Weltfriedenskongreß	199
		Literarisches. Neuere Kriegsliteratur. II.	199

Soziale Arbeiterpolitik und Gewerkschaften.

XII. (Schluß.)

Die Gewerkschaften und die Politik des 4. August 1914.

Am 4. August 1914 gab die sozialdemokratische Partei einstimmig den geforderten Kriegskrediten ihre Zustimmung mit einer Begründung, in der sie erklärte:

„ . . . Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges. Uns drohen die Schrecken feindlicher Invasionen. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel.

Nun haben wir zu denken an die Millionen Volksgenossen, die ohne ihre Schuld in dieses Verhängnis hineingerissen sind! Sie werden von den Verheerungen des Krieges am schwersten getroffen. Unsere heißen Wünsche begleiten unsere zu den Fahnen gerufenen Brüder ohne Unterschied der Partei.

Wir denken auch an die Mütter, die ihre Söhne hergeben müssen, an die Frauen und Kinder, die ihres Ernährers beraubt sind, denen zu der Angst um ihre Lieben die Schrecken des Hungers drohen. Zu ihnen werden sich bald Zehntausende verwundeter und verstümmelter Kämpfer gesellen. Ihnen allen beizustehen, ihr Schicksal zu erleichtern, diese unermeßliche Not zu lindern, erachten wir als zwingende Pflicht.

Für unser Volk und seine freieitliche Zukunft steht bei einem Siege des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes befleckt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich! . . .

Die deutschen Gewerkschaften haben, seitdem der Weltkrieg zur Tatsache geworden war, sich gleichfalls durch ihre Maßnahmen zur Förderung der inneren Kriegsfürsorge und der Wirtschafts-

gesundung auf den Boden der Landesverteidigung gestellt und gemeinsam mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei in zahlreichen Fällen Schritte zur Vinderung der Not und zur Erleichterung des Schicksals der Kriegsopter unternommen. Sie haben dann, als in der sozialdemokratischen Fraktion sich Absonderungen von jener damals einmütigen Haltung bemerkbar machten, auf einer Vorstandskonferenz vom 5. bis 7. Juli 1915 noch ausdrücklich ihre Zustimmung zur Politik des 4. August 1914 durch einen Beschluß bekräftigt, in dem es heißt:

„Die Konferenz hält die Stellung, die von der übergroßen Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion und des Parteiausschusses sowie von dem Parteivorstande eingenommen ist, für diejenige, die allein in dieser schweren Zeit den Interessen der Arbeiterschaft im allgemeinen und den Gewerkschaften im besonderen dient.“

Seitdem hat sich der Gegensatz in der Reichstagsfraktion bis zur offenen Spaltung verschärft, und die Politik des 4. August 1914, die der Fraktionsmehrheit, ist zum Streitpunkt in der Partei geworden.

Der Streit um die Fraktionspaltung muß selbstverständlich im Schoße der Partei ausgetragen werden; die Gewerkschaften werden durch ihn nur mittelbar berührt, soweit die parlamentarische Vertretung gewerkschaftlicher Arbeiterinteressen in Betracht kommt. Dafür kann es nur die Reichstagsfraktion der Partei geben, mit der sie durch das Mannheimer Abkommen seit dem Jahre 1906 in engerem Zusammenwirken stehen, und deren Sitzungen kennen nur eine sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Der Streit um die Politik des 4. August 1914 berührt aber ganz wesentliche Interessen der Gewerkschaften, und zu dieser Politik wollen wir uns in aller Offenheit aussprechen und erneut bekennen.

Was besagt die Politik des 4. August? Sie ist die Politik der gemeinsamen Landesverteidigung ohne Unterschied von Religion, Klasse oder Partei. Sie ist eine Politik der organisatorischen Hebung und Stärkung der Widerstandskraft unseres Volkes gegen die Niederringung Deutschlands mit anderen Mitteln als durch die Ueberlegenheit der Waffen. Sie ist in Summa die Politik deutscher Selbsterhaltung!

digten die zu ihrer bestimmten Tätigkeit dienlichsten Behelfe zu beschaffen.

Das verdienstvolle Werk, das sehr gut ausgestattet und mit einem ausführlichen Register versehen ist, umfaßt das gesamte Gebiet der Kriegsbeschädigtenfürsorge nach dem Stande von Ende 1915. Das Buch erweist sich als ein Lexikon der Kriegsbeschädigtenfürsorge, zugleich aber als ein schönes Dokument der Hilfsbereitschaft, die hoffentlich auch nach dem Kriege recht rege bleibt und sich im Werktagsleben der Friedenszeit wirksam zeigt. Der Herausgeber wendet sich in erster Linie an die Kriegsbeschädigten selbst, doch wird sein Buch sowohl den Berufsberatungsstellen im allgemeinen, wie auch den in der Kriegsbeschädigtenfürsorge tätigen Gewerkschaftsvertretern recht wertvolle Dienste erweisen.

Literarisches.

Neuere Kriegsliteratur.

I.

Auch das zweite Kriegsjahr hat uns eine hochgeschwellte Flut von Kriegsbüchern aller möglichen Arten gebracht, denen wir hier eine Aufmerksamkeit zuwenden möchten. Wir teilen die Schriften wiederum in vier Gruppen: 1. Kriegsschilderungen, 2. politische, 3. sozialpolitische und volkswirtschaftliche und 4. parteitaktische Schriften und beginnen zunächst mit den Kriegsschilderungen.

Von Anton Fendrich ist da ein kleines Büchlein: „Mit dem Auto an die Front“ bei Franck, Stuttgart (1 Mk.) erschienen, das die Erlebnisse einer Fahrt in das westliche Kriegsgebiet und ins Hauptquartier schildert. Es ist in etwas überschwänglich vaterländischer Begeisterung geschrieben und besonders die Kapitel über die Besuche des Verfassers beim Kaiser und Reichskanzler haben bei manchen Kritikern Anstoß erregt. Indes Fendrich ist eben ganz Stimmungsmensch, und über dem ganzen Buch liegt echte Fendrich-Stimmung. Rein politisch betrachtet, wäre gegen seine Art, zu sehen und zu schreiben, manches einzuwenden. Aber Fendrich ist allezeit mehr Dichter als Politiker gewesen und wer möchte an ein künstlerisches Werk den Maßstab des Politikers anlegen. Jedenfalls ist das Buch mit hohem Genuß zu lesen.

Gleichfalls eine Fahrt an die Westfront schildert Prof. Georg Wegener in seinem großen Werke: „Der Wall von Eisen und Feuer“, das von F. A. Brockhaus in Leipzig in bekannt gediegener Ausstattung (416 S. reich illustriert, geb. 10 Mk.) herausgegeben ist. Der Verfasser ist als Kriegsberichterstatter der „Köln. Ztg.“ im Großen Hauptquartier zugelassen. Seine Schilderungen sind also nicht bloß die Ergebnisse gelegentlicher Reisen in die Kriegszone, sondern er befindet sich seit dem Kriegsbeginn ständig im Kriegsgebiet und berichtet als Augenzeuge zahlreicher Aktionen. Auch seine Bilder sind durchweg eigene Aufnahmen. Das vorliegende Buch schildert die ersten Kriegereignisse, die Kämpfe um die belgische Maaslinie, den Einfall in Nordfrankreich, den Siegesturm der Kludischen Armee bis kurz vor Paris und die Frontentwidelung an der Aisne, in den Argonnen und Vogesen, die Kämpfe um Antwerpen, an der Yser, um die Lorettohöhe, um Souchez und an der französischen Maas. Die

Darstellung ist eine unmittelbare und eindrucksvolle, schlicht und ohne Pathos. Sie befestigt aber das Vertrauen zur deutschen Kriegführung, von der das Wohl und Wehe unseres Landes abhängig ist, ganz ungemein. — Der Verlag hat von dem Wegenerschen Buch eine kleine Feldpostausgabe (190 S. ill. 1 Mk.) herausgegeben, die ebenfalls zu empfehlen ist.

Im gleichen Verlag ist Sven Hedins zweites Kriegsbuch „Nach Osten“ (520 S., 267 Abbild., geb. 10 Mk.) erschienen. Der bekannte Verfasser, dessen erstes Kriegswerk „Ein Volk in Waffen“ bereits gewürdigt wurde, schildert in diesem neuen Werke seine Erlebnisse an der Ostfront von Kurland bis zur bessarabischen Grenze, seinen Besuch bei Hindenburg, die Kämpfe im Gouvernement Suwalki, die russischen Verwüstungen in Ostpreußen, besonders auch in Memel, die galizische Front von Krakau bis zur Bukowina, die Kämpfe um Przemyśl und Lemberg, sowie in Polen bis zur Eroberung von Warschau und Nowo-Georgiewsk. Im Mittelpunkt des Buches steht das packende Drama der großen Golicze-Durchbruchschlacht mit dem russischen Rückzug und dem Siegesturm der verbündeten deutsch-österreichisch-ungarischen Armeen. Sven Hedins Schilderung ist von großer, leidenschaftlicher Kraft. Er ist nicht der kühle, unparteiische Berichterstatter, sondern nimmt rücksichtslos für die Sache Deutschlands und Oesterreich-Ungarns Partei. Neuerst eindrucksvoll vergleicht er auch die russischen Verwüstungen Ostpreußens mit den gegen die deutsche Kriegführung in Belgien erhobenen Anklagen und erklärt: „Ich habe genug von Belgien und von Ostpreußen gesehen, um versichern zu können, daß die Verwüstungen in Ostpreußen unvergleichlich schmerzlicher sind als die in Belgien. In Belgien sind die Deutschen aus Rücksicht auf die Sicherheit ihrer Truppen und ihrer Bewegungen gezwungen gewesen, ein Dorf oder einen Stadtteil einzuäschern, weil die Zivilbehörde gegen alles Kriegsrecht die Waffen gegen den Sieger gewendet hat. In Ostpreußen haben die Russen willkürlich alles niedergebrannt und verwüstet, ohne Unterschied und ohne militärische Gründe. Ihre Verheerungen sind nicht Strafmaßnahmen, sie entstammen reiner Zerstörungslust und denselben Raubtierinstinkten, die so oft in den alten schwedischen Ostseeprovinzen Schreden und Entsetzen verbreitet haben.“ — Auch von diesem Buch hat der Verlag eine Feldpostausgabe (182 S., 27 Ill., 1 Mk.) herausgegeben, die kurze Auszüge der besten Kapitel enthält. Sven Hedins befindet sich gegenwärtig auf asiatischem Boden, um auch den Balkan- und den asiatischen Kriegsschauplatz zum Gegenstand eines (dritten) Kriegswerkes zu machen.

W. Conrad Gomoll, einer der im Großen Hauptquartier des Ostens zugelassenen Kriegsberichterstatter, hat seine Erlebnisse an der Ostfront in einem Büchlein bei F. A. Brockhaus: „Im Kampfe gegen Rußland“ (180 S., 42 Bilder, 1 Mk.) veröffentlicht. Gomoll schreibt darin über die Kriegssphäre nach dem ersten deutschen Vorstoß auf Warschau im Oktober 1914 bis zur Eroberung von Warschau und Nowo-Georgiewsk. Er behandelt hauptsächlich die Kämpfe in Polen und Galizien, auch bei ihm steht die galizische Durchbruchschlacht am Dunajec und San im Mittelpunkt der Schilderungen. Das Buch ist eine willkommene Ergänzung des vorigen, besonders der kleinen Ausgabe und dürfte jedem von denen, die da draußen stehen, große Freude machen.

Die Stellung der Sozialdemokratie zur Landesverteidigung ist oft genug erörtert worden; sie soll hier nicht weiter berührt werden. Für die Arbeiter als Wirtschaftsglied ist das Vaterland nicht bloß die Heimat, der heimatische Herd im weiteren Sinne, den es zu verteidigen gilt gegen jeden äußeren Angriff, sondern es verkörpert für sie zugleich die Wirtschaftseinheit. Als Wirtschaftseinheit ist es für sie die Voraussetzung für das Gedeihen von Industrie, Gewerbe und Handel, Landwirtschaft, Verkehr und für die Wissenschaft in ihren vielfältigen Beziehungen zum Berufsleben, also auch für das Gedeihen der deutschen Arbeit. Diese Wirtschaftseinheit umfaßt Gebiete, deren Naturschätze der Industrie, der Landwirtschaft unentbehrlich und unersetzlich sind, sie umfaßt den Boden, den wir im Interesse der heimischen Lebensmittelversorgung nicht entbehren können; sie umschließt Ströme, die für den Binnen- und Durchgangsverkehr eine Lebensnotwendigkeit sind, Häfen, in denen Deutschlands Anteil am Güteraustausch des Weltmarktes lagert. Jede fremde Invasion droht uns diese Voraussetzungen unserer heimischen Volkswirtschaft nicht allein vorübergehend während des Krieges, sondern nach den Plänen unserer Gegner auch dauernd zu entreißen, deutschen Boden in Feindesgewalt zu bringen, deutsche Landwirtschaft wie in Ostpreußen zu vernichten, deutsche Industriestätten zu zerstören, deutschen Handel dauernd lahmzulegen. Alles dies bedroht auch die deutsche Arbeit, die von der Entwicklung der heimischen Volkswirtschaft lebt, die von Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft in hohem Maße abhängig ist.

Das Gedeihen der deutschen Arbeit ist aber die Grundlage für ein gedeihliches Wirken der deutschen Gewerkschaften, der Wirtschaftsverbände der Arbeiterklasse. Jede Zerstückelung der deutschen Wirtschaftseinheit fällt in ihren Wirkungen auf letztere zurück. Unter der Ausschaltung irgendeiner deutschen Industrie vom Weltmarkt leiden erfahrungsgemäß am allermeisten deren Arbeiter; das haben uns die Handelskriege und Krisen genugam gelehrt. Die Vernichtung des deutschen Anteils am Welthandel würde nicht bloß dessen Angestellte und Arbeiter, sondern auch die industriellen Erzeuger der in Frage kommenden Produkte in ihren Existenzbedingungen aufs schwerste gefährden. Und es ist eines der eingestandenen Kriegsziele unserer Feinde, Deutschlands Industrie und Handel zu zerstören, ein Ziel, dem sie schon seit dem Kriegsbeginn mit Zähigkeit nachstreben und das ganz wesentlich zur Verschärfung des Krieges beigetragen hat. Deutschlands Anteil an der Weltproduktion und am Welthandel soll vermindert, sein Wettbewerb auf dem Weltmarkt unschädlich gemacht werden. In diesem Anteil an der Weltwirtschaft steckt aber auch der Anteil deutscher Arbeit, den wir zu verteidigen haben, deutscher Arbeit als Erschaffenes und Errungenes, deutscher Arbeit als weitere Entwicklungsmöglichkeit für die deutsche Arbeiterklasse, nicht zuletzt deutscher Arbeit als Organisation! Denn auch die Arbeiterorganisation gedeiht nur in einem wirtschaftlich entwickelten und entwicklungs-fähigen Lande. Was wir als Organisation geworden sind, danken wir neben der eigenen Kraft auch einem blühenden deutschen Wirtschaftsorganismus.

Deutsche Arbeit! Wir dürfen uns mit Stolz zu ihr bekennen, denn sie hat unsere Stellung auf dem Weltmarkte begründet und den früher verachteten Namen „made in Germany“ zu einem

Ehrentitel gemacht. Sie sichert dem deutschen Arbeiter in allen Weltteilen ein hohes Maß von Achtung, die seinem Fleiß, seiner Gründlichkeit, seiner Geschicklichkeit gezollt wird. Deutsche Arbeit in der Zukunft! Wer wollte die Zeiten zurückwünschen, da unser Land seine arbeitskräftigen Hände über die Grenzen hinauswandern sah, weil es ihnen nicht genügend Beschäftigung zu geben vermochte? Deutsche Arbeiterorganisation! Sie, die an Stärke und Leistungen die aller anderen Nationen übertrugte und zur Führung im Reigen aller Völker berufen schien, — wer möchte sie von ihrer Höhe herabstoßen und in chronischen Wirtschaftskrisen ihre Kräfte aufgehen sehen?

Und haben diese Arbeiterorganisationen nicht auch in ihrem jahrzehntelangen Wirken etwas geschaffen, das sie zu verteidigen haben? In ihren wirtschaftlichen Errungenschaften an Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhungen, Mitbestimmung an den Arbeitsbedingungen ruht die ganze materielle Grundlage einer neuen Arbeiterkultur, auf der wir in den kommenden Jahrzehnten weiterkämpfen, weiterbauen wollen, die wir unseren Kindern zu weiterer Entwicklung hinterlassen wollen, bis das ökonomische Joch der Lohnarbeit bereinigt sein wird. Sollen wir das alles schmöde im Stiche lassen, feindlicher Invasion preisgeben?

Im deutschen Arbeiterschutz, so unzureichend er noch sein mag, steden Jahrzehnte mühsamen gewerkschaftlichen Wirkens. Sollen wir das der Gnade Rußlands überlassen?

In der deutschen Arbeiterversicherung, mag sie noch nicht völlig unseren Wünschen entsprechen, haben wir das Ergebnis eines Drittel Jahrhundert sozialer Gesetzgebung, die wir den herrschenden Klassen abgerungen haben. Wir haben sie uns in zäher Kleinarbeit ganz zu eigen gemacht. Sollen wir auch sie völlig kampflös aufgeben?

In den gewerkschaftlichen Tarifverträgen verteidigen wir ein werbendes Arbeitsrecht, das die Wirtschaftsorganisationen in den Dienst der künftigen Rechtsgestaltung stellt. Gelten uns diese verheißungsvollen Ansätze einer gleichberechtigten Mitarbeit der Arbeiterklasse so wenig, daß wir sie unbedingt feindlicher Uebermacht opfern?

In den deutschen Gewerkschaften haben wir allezeit wertvolle Organisationen erblickt, die der Arbeiterschaft den Aufstieg zu höherer sozialer Kultur ermöglichen. Es hieße sie mit allen ihren wirtschaftlichen, sozialen und sozialpolitischen Errungenschaften preisgeben, wenn wir das Vaterland seinen Feinden überließen, denn diese würden, unbekümmert um die großen Ziele der Gewerkschaften, ihnen wirtschaftlich und rechtlich den Lebensfaden abschneiden. Der Faschismus würde sie ohne langes Federlesen zertrümmern, aber auch die siegreichen Weltmächte würden ihnen den Boden ihrer gesunden Entwicklung entziehen, denn die Gewerkschaften wurzeln im deutschen Wirtschaftsleben, ohne welches uns der Aufstieg zu höherer Menschheitskultur undenkbar erscheinen muß.

Dies alles vereinigt sich für uns in der Politik des 4. August 1914, die nicht allein für die sozialdemokratische Partei von entscheidender Bedeutung sein mußte, sondern auch für die Gewerkschaften eine Lebensfrage bildet. Mit dem deutschen Lande, seiner Unverletzlichkeit durch fremde Eroberung, verteidigen wir die materiellen Grundlagen seines Volkes, die deutsche Volkswirtschaft und deren geistigen Ueberbau, die deutsche

Kultur, in der wir leben und unsere Kinder erziehen, in der deutschen Wirtschaft die Gewerkschaften und alles, was diese für die deutsche Arbeiterschaft errungen haben. Mit ihrer ganzen Existenz, mit ihrer Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sind unsere Gewerkschaften in der deutschen Volkswirtschaft verankert. Es hieße sie von diesem Boden trennen, sie von den Wurzeln ihrer Kraft losreißen, wollten wir das Vaterland in diesen Stunden, Tagen und Jahren der Gefahr im Stiche lassen.

Diese Gefahr wird durch die längere Dauer des Krieges nicht vermindert, sondern ins Ungemessene erhöht. Die Opfer an Gut und Blut sind gewaltig angewachsen; sie haben die Leidenschaften nicht beruhigt, sondern angefeuert. Dem Unterliegenden droht heute und bei längerer Fortdauer des Krieges mehr denn je die Rache der Sieger. Gebietsabtretungen, ungeheure Kriegsschädigungen, die auf Jahrzehnte hinaus selbst ein blühendes Reich zugrunde richten können, Bedingungen, die Produktion und Handel schädigen, werden ihm auferlegt werden. Das gilt heute nicht weniger als am Beginn des Krieges. Deshalb erheischt unser Lebensinteresse ein unüberbrückliches Festhalten an der Politik des 4. August 1914, bis auch die Gegner zu einem Frieden bereit sind, der uns die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. Die Verweigerung der Kriegskredite kann nicht gerechtfertigt werden durch den Hinweis, daß gegenwärtig deutscher Boden vom Feinde nicht bedroht ist. Unser Land wird an der deutschen Heeresfront im Osten, Südwesten und Westen verteidigt. Deutschland hält diese Front, unsere Arbeitsbrüder, unsere Genossen, unsere Mitglieder verteidigen sie mit dem Einsatz ihres Lebens. Mit der Verweigerung der Kriegskredite geben wir die eigenen Volksgenossen, unsere Verteidiger, den Feinden preis, den Feinden, die beim Zurückgehen unserer Heere an die Reichsgrenzen dort keineswegs Halt machen, sondern ihnen folgen und den Krieg in unser Land tragen würden.

So ist die Politik des 4. August 1914, die Politik deutscher Selbsterhaltung, auch heute noch die einzig richtige für unser Volk. Sie ist zugleich die Politik der Selbsterhaltung der gesamten deutschen Arbeiterbewegung, der politischen wie auch der gewerkschaftlichen, denn in jeder anderen Politik wäre sie rettungslos verloren gewesen. Nur in der Rettung des ganzen Volkes kann sie ihre Daseinsberechtigung behaupten.

Die Politik des 4. August 1914 ist der Gesamtausdruck des jahrzehntelangen Wirkens der deutschen Gewerkschaften, deren ganze Vergangenheit ein einziger Kampf für den Aufstieg der Arbeiterklasse zur Teilnahme an den Errungenschaften einer höheren Kultur war.

In ihr verteidigt die deutsche Gewerkschaftsbewegung sich selbst, ihre Existenz, ihre Gegenwart.

Die Politik des 4. August 1914 ist die Voraussetzung für die Zukunft der Gewerkschaften, für die Verwirklichung ihrer großen Ziele und Ideale, denn nicht von außen her kommt uns die Befreiung vom ökonomischen Lohnjoch, sondern wir müssen der einst die Kraft haben, uns selbst zu befreien. Das Volk, das vor dem Faschismus und seinen Verbündeten die Selbsterhaltung preisgibt, hat in der Zukunft des Sozialismus seinen entscheidenden Einfluß verloren!

Paul Umbreit.

Wirtschaftliche Rundschau.

Kriegssteuer und Vermögensübersicht. — Die Buchung der Steuerreserve. — Zuweisungen für Wohlfahrtsfonds. — Eine sozialpolitische Frage. — Gescheiterte Zementfeuerpläne. — Staatliche Kontingentierung. — Gegen Kapitalvergeudung. — Unerwünschte Gründungen.

Die Kriegssteuerergesetzgebung hat den mit besonders üppiger Rentabilität gesegneten Aktiengesellschaften willkommenen Anlaß gegeben, aus ihren Bilanzen unlösbare Rätselaufgaben zu machen. Die schon früher geübten Methoden, Gewinne in den Jahresabschlüssen unsichtbar werden zu lassen, sind bis zur Vollkommenheit entwickelt worden. Das Gesetz zur Sicherung der Kriegsgewinnsteuer gestattet den Aktiengesellschaften, in den veröffentlichten Bilanzen den zur Sicherung der Steuer zurückgestellten Betrag nicht auszuweisen. Von diesem sehr dehnungsfähigen Recht wird nun in einer Weise Gebrauch gemacht, die sich bei Erlaß der Bestimmungen niemand träumen lassen konnte. Es wird nämlich von zahlreichen Gesellschaften der für die Kriegssteuer reservierte Betrag gleich vom Fabrikationsüberschuß in Abzug gebracht, so daß von vornherein die Gewinnziffern ein ganz falsches Bild bieten. Alsdann erscheinen die so abgesetzten Summen als Kreditoren (Verbindlichkeiten), wobei die Höhe dieser Rückstellungen auf keiner Seite und in keiner Form kenntlich gemacht wird.

In den Generalversammlungen der Aktiengesellschaften pflegt es still zu sein; lebhafter gestalten sich diese Verhandlungen zumeist nur, wenn die Gunst der Geschäfte sich in Ungunst verwandelt und die sonst wenig neugierigen Aktionäre von der Verwaltung Rechenschaft verlangen. Aber in diesem Jahre wird der Eifer der Aktionäre durch den Wunsch belebt, Auskunft über die wirklich erzielten Ertragnisse zu erhalten, weil sie von den neben den Kriegssteuerreserven zurückgehaltenen und verheimlichten Gewinnen noch einen Teil für die Erhöhung der Dividenden fordern. Nun haben die meisten Gesellschaften, bei denen verdeckte Gewinne zu suchen und zu finden sind, recht beträchtliche Dividendensteigerungen vorgenommen; die Aktionäre wollen jedoch, was nicht verwunderlich ist, noch mehr. Verrechnet dagegen ist die Absicht der Verwaltungen, die zurückgestellten Gewinnbeträge nicht zur Verteilung zu bringen; ein Verhalten, für dessen Zweckmäßigkeit die Erfahrungen des Krieges ein bereites Zeugnis abgelegt haben. Ist aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Gründen und im Interesse der Arbeiterschaft, wie wir schon des öfteren darlegten, der Praxis der Verwaltungen heizupflichten, so schließt doch diese Zustimmung unter keinen Umständen eine Anerkennung der Gewinnverschleierung ein. Gerade das stürmische Verlangen der Aktionärkreise nach höheren Dividenden, das durch Bilanzdurchsuchungen und eigene Gewinnberechnungen unterstützt wird, die vielleicht oft von der Wahrheit ebensoweit entfernt sind wie die offiziellen Gewinnangaben, zeigt, daß die Begründung für die Gewinnverschleierung nicht stichhaltig ist, denn angeblich verdecken die Verwaltungen die Gewinne nur, um die Aktionäre nicht zu unbegründeten Dividendenwünschen und Arbeiter, Abnehmer und Konkurrenten nicht zu entsprechenden Schlüssen anzuregen. Durch die jetzt üblichen Bilanzierungsmethoden wird die jeweils gewünschte Rentabilitätsauffassung natürlich nicht erzielt; das kann den Verwaltungen der Aktiengesell-

schaften selbstverständlich auch nicht entgangen sein; wenn sie trotzdem an ihrer Bilanzierungstechnik mit verstärkter Kraft festhalten, lassen sie sich dabei von anderen Motiven leiten. Den Gemeininteressen kann nicht damit gedient sein, wenn die Gewinnausweise, die später auch für statistische Berechnungen die Grundlage geben werden, absichtlich falsch und unentwirrbar veröffentlicht werden; stehen dem Fiskus zu Steuerzwecken auch andere Bilanzen zur Verfügung, so muß doch als zweifellos angesehen werden, daß auf eine Unübersichtlichkeit aller Bilanzen planmäßig hingearbeitet wird.

Sozialpolitische Bedeutung hat eine Bilanzierungsfrage, auf die vor einiger Zeit an dieser Stelle bereits aufmerksam gemacht worden ist. Es handelt sich um die Zuweisungen der Aktiengesellschaften für Wohlfahrtszwecke, die bei den hohen Kriegsgewinnen in diesem Jahre vielfach bedeutende Erhöhungen erfahren haben. Vesigen manche Gesellschaften Wohlfahrtseinrichtungen, die ansehnliche Leistungen aufweisen, so stehen doch die Wohlfahrtsfonds bei den Aktiengesellschaften überwiegend auf dem Papier. Als die Aktiengesellschaften zur Zahlung des Wehrbeitrages herangezogen wurden, sind alle Wohlfahrtsfonds von der Berechnung des steuerpflichtigen Vermögens ausgenommen worden. Diese Maßnahme erweist sich in ihrer Allgemeinheit als eine steuerliche Bevorzugung, die nicht zu rechtfertigen ist, da die für Wohlfahrtszwecke ausgeworfenen Beträge in vielen Fällen gewöhnliche Reservestellungen der Gesellschaften sind. Mit der bilanzmäßigen Ueberweisung einer bestimmten Summe zu Wohlfahrtszwecken geht die Gesellschaft ihren Arbeitern und Angestellten gegenüber noch keinerlei Verpflichtungen über den Verwendungszweck dieser Summen ein, wenn nicht die Wohlfahrtsfonds getrennt von dem Vermögen der Gesellschaft geführt und verwaltet werden und wenn nicht Arbeiter und Angestellte rechtliche Ansprüche auf Leistungen von Wohlfahrtseinrichtungen haben. Diesen Verhältnissen muß bei der Ausgestaltung der Kriegsgewinnsteuer dadurch Rechnung getragen werden, daß eine Unterscheidung in der steuerlichen Behandlung der Wohlfahrtsfonds gemacht wird; nur wo die Sicherung dafür besteht, daß Wohlfahrtsfonds auch Wohlfahrtszwecken dienen, kann die Steuerfreiheit begründet sein. Gesellschaften, die ihre Wohlfahrtsfonds nicht als abgabepflichtige Bestandteile des eigenen Vermögens behandelt wissen wollen, aber bisher die Ansprüche der Arbeiter und Angestellten nicht in der angebotenen Weise gewährleistet, sollten indessen die Möglichkeit erhalten, für ihre Wohlfahrtsfonds trotzdem steuerfrei zu bleiben, wenn sie in einer bestimmten Frist die Garantien für die Umgestaltung der Wohlfahrtseinrichtungen schaffen.

Der Plan einer Kontingentsteuer in der Zementindustrie wird als gescheitert angesehen. Das Reichsamt des Innern hat auf eine Eingabe des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe u. a. geantwortet, daß Maßnahmen, die eine Verteuerung von Baumaterialien herbeiführen könnten, sich schon mit Rücksicht auf die bekannte schwierige Lage des Baugewerbes verbieten würden. Auch der Staatssekretär des Reichsschatzamtes hat gelegentlich einer an ihn ergangenen Anregung auf Einführung einer Zementproduktionssteuer erklärt, es läge keine Veranlassung vor, aus finanziellen Erwägungen den Vorschlägen auf Besteuerung des Zements näherzutreten. Es dürfte noch erinnerlich sein, daß die Steuervorschläge dahin gingen, eine Kontingentsteuer nach dem Durchschnittsabsatz der

Jahre 1913, 1914 und 1915 von 0,50 Mk. für das Faß einzuführen, für die Mengen, um die der Jahresabsatz das Kontingent überschritt, eine Zuschlagssteuer von 0,25 Mk. für das Faß eintreten zu lassen, während etwaige neue Zementfabriken eine Kontingentsteuer von 1,50 Mk. für das Faß zahlen sollten. Natürlich verfolgten die Zementfabriken, die diese Steuerpläne vertraten, die Absicht, ihre geschäftliche Lage durch Fernhaltung neuer Konkurrenz zu verbessern. Aber es wird zu untersuchen sein, ob und inwieweit Kontingentierungssteuervorschläge überhaupt Beachtung verdienen, gleichviel, ob sie aus Privatinteressen gefordert werden oder nicht. Neu ist dieses System in der deutschen Steuergesetzgebung nicht; es ist in der Zündholz- und Kaliindustrie zu recht weitgehender Anwendung gelangt. Zur Begründung der Zementkontingentierungssteuer wurde zum Beispiel betont, daß es angesichts der gewaltigen Belastung des europäischen Geldmarktes durchaus geboten sei, alle neuen Ausgaben nur produktiv wirkenden Anlagen zuzuwenden. Es gehe daher nicht an, Neugründungen von Betrieben zuzulassen, wo die bestehenden Betriebe ohnedies nur mit einem Teil ihrer Produktionsfähigkeit arbeiten. Die Anlage einer neuen Zementfabrik in Oberschlesien oder in einem anderen Bezirk bewirke nicht, daß auch nur ein Faß Zement mehr produziert werde, daß mehr Arbeiter beschäftigt und mehr Löhne gezahlt werden; sie habe nur die Folge, daß die alten Zementfabriken ihre Produktion einschränken müssen. Von einer künstlichen Einschränkung der Produktion könne solange nicht gesprochen werden, als die vorhandenen Betriebe imstande sind, jeder wachsenden Anforderung des Verbrauchs durch Produktionssteigerung spielend Rechnung zu tragen. Augenblicklich erübrigt sich die Untersuchung, ob diese Darstellung der Verhältnisse in der Zementindustrie zutreffend ist; die angeschnittenen Fragen behalten indessen für die Frage der Kontingentierungssteuern im allgemeinen ihren Wert. In der Tat ergab das Beispiel in anderen Industrien, daß bei Kontingentierungen eine technische Höherentwickelung durch wirtschaftliche Ersparnis, durch Ausbau und Zusammenschluß der in Frage kommenden Unternehmungen gefördert werden kann. Sichert sich der Staat bei gesetzlichen Eingriffen, die eine Kontingentierung der Produktion und damit eine privilegierte Ausnahmestellung einer Reihe von Unternehmungen bewirken, ein entsprechendes Mitbestimmungsrecht bei der Gestaltung der Preise, so kann der Vergeudung von Kapital und Kraft wirksam vorgebeugt werden, ohne daß eine Gefährdung der Verbraucherinteressen durch Preiswillkür einzutreten brauchte. Die Verhältnisse nach dem Kriege werden es notwendig machen, einer übermäßigen Belastung des Kapitalmarktes durch volkswirtschaftlich unerwünschte Gründungen entgegenzuwirken; schon deshalb dürften die Kontingentierungsfragen eine erhöhte Bedeutung erlangen.

Berlin, den 26. April 1916.

Julius Kallist.

Arbeiterbewegung.

Gegen die Parteizersplitterung.

Der Parteivorstand veröffentlicht folgenden Aufruf gegen die Miniarbeit gewisser parteizerstörender Gruppen:

In den letzten Wochen hat der Parteivorstand die Parteigenossen immer wieder gemahnt, den das Parteileben vergiftenden, das An-

sehen der Partei vor der Arbeiterklasse schädigenden Streitigkeiten ein Ende zu machen. Auf die Kreise der Opposition, die in der Spaltung der sozialistischen Parteien aller Länder das Heil für die Zukunft der Arbeiterinternationale erblickten, blieben diese Mahnungen ohne Erfolg. Sie haben im Gegenteil ihre parteierstörende Arbeit mit verstärkter Kraft fortgesetzt. Ihre neueste Leistung ist die Herausgabe eines Flugblattes: „Die Lehre des 24. März“. Der Verfasser dieses Flugblattes geht von der Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion aus. Er stellt diese Spaltung als notwendig hin und bedauert nur, daß sie zu spät eintrat, weil die Mitglieder der Sonderfraktion der Achtzehn vor dem 24. März „keine konsequente grundsätzliche Opposition gegen die Parteiverräter gewagt“, sondern sich „aus Angst vor den demagogischen Schlagworten Disziplin und Einigkeit selbst zwei Jahre lang zu einem Schattendasein voller Widersprüche und Zweideutigkeiten verurteilt hätten“. Das Flugblatt fordert dann die Genossen und Genossinnen auf, dieser jaghaften Minderheit der Achtzehn den Rücken zu steifen, sie vorwärts zu treiben, damit sie u. a. „in Zukunft alle Kriegskredite ohne Rücksicht auf die militärische Situation unter grundsätzlicher sozialistischer Begründung ablehnen und der Regierung des Belagerungszustandes und des Weltkrieges jegliche wie immer geartete Steuern verweigern“. Sodann werden die Genossen und Genossinnen „auf der ganzen Linie zum Kampfe gegen die Fraktionsmehrheit und den Parteivorstand“ aufgefordert, die, wie es im Widerspruch zu den Tatsachen heißt, „nicht die leiseste Opposition gegen die „Politik des Verrats am Sozialismus dulden wollen“!

Und zum Schluß heißt es:

„Hört auf, Eure Parteigelber an diesen Parteivorstand abzuführen zu lassen, denn er gebraucht Eure sauer verdienten Groschen zur Förderung einer Politik, zur Herausgabe von Schriften, die Euch zum geduldigen Kanonensfutter des Imperialismus machen wollen, die zur Verlängerung des Völkermordens dienen. Die Organisationen müssen sich entschließen, die Parteigelber dem Parteivorstand der Scheidemann-Ebert zu sperren, welche die Volksgroschen dem Moloch des Weltkrieges und der Regierung der Hungersnot und des Belagerungszustandes bewilligen.“

Parteigenossen! Ihr wißt, wie rücksichtslos an der Fraktionsmehrheit und an dem Parteivorstand in den zur Minderheit haltenden Blättern und in Parteiverfassungen auch während des Krieges Kritik geübt wurde. Niemals hat der Parteivorstand den geringsten Versuch gemacht, diese Kritik zu unterdrücken. Er hat nur verlangt, daß im Zentralorgan der Partei auch die Mehrheit ausreichend zu Worte kommt. Aber bei den Vorgängen, die dem Parteivorstand zum Einschreiten Veranlassung gaben, handelte es sich nicht um eine Kritik von Personen und Institutionen, sondern um die Zerstörung des Parteikörpers, an dessen Aufbau Hunderttausende mitgewirkt haben, die ihre der Partei gewidmete Lebensarbeit heute nicht verteidigen können, weil sie, täglich dem Tode ins Auge sehend, im Felde stehen.

Die Herausgabe des oben gekennzeichneten Flugblattes ist nur ein neuer Beweis dafür, zu welchen unheilvollen Konsequenzen für die Partei die Minierarbeit

der Opposition führen muß. Gruppen der Minderheit haben sich über ganz Deutschland Sonderorganisationen geschaffen, sie geben eigene Beitragsmarken und Sammellisten heraus, sie halten ihre eigenen Reichskonferenzen ab und eine große Gruppe der Minderheit hat programmatische Leitsätze festgestellt, die sie als allein bindend für ihre politische Tätigkeit anerkennt. Schon diese Tätigkeit mußte dort, wo die Opposition Anhang hat, zur Desorganisation der Partei führen. Das Flugblatt „Die Lehre des 24. März“ geht noch einen Schritt weiter. Es fordert die Organisationen zur Sperrung der Parteibeiträge auf. Das muß zur Sprengung der Partei führen.

Das Flugblatt „Die Lehre des 24. März“ wendet sich auch nicht nur an die Berliner Genossen. Das Treiben in Berlin wird seine Fortsetzung überall dort im Reiche finden, wo jene Gruppe Anhang hat, die die Spaltung der Partei während des Krieges mit Gewalt herbeiführen will, weil sie wohl weiß, daß sich nach dem Kriege kein Parteitag finden wird, der ihren Auffassungen die Mehrheit brächte.

Parteigenossen! Wir hielten es für unsere Pflicht, Euch über diese mit voller Absicht auf die Spaltung der sozialdemokratischen Partei hinizielenden Treibereien zu unterrichten. Wir werden im Interesse der Partei dieser Parteierstörung auch weiter mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln entgegen treten. Das aber steht fest: Zur Partei können nur die Parteioorganisationen und Parteimitglieder gehören, die gewillt sind, ihre Verpflichtungen gegen die Gesamtpartei zu erfüllen.

Parteigenossen! Eure Sache ist es, auf der Gut zu sein, damit die Partei nicht unheilbaren Schaden leidet.

Berlin, den 19. April 1916.

Der Parteivorstand.

Die graphischen Gewerbe gegen die Erhöhung der Tabaksteuer.

Durch die von der Reichsregierung beabsichtigte neue Tabakbesteuerung würden auch die gesamten graphischen Gewerbe geschädigt. Deshalb haben die Vorstände der graphischen Gewerkschaften, und zwar des Verbandes der Buchdrucker, des Verbandes der Lithographen und Steindrucker, des Buchbinderverbandes und des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Gilfsarbeiter eine gemeinschaftliche Petition an den Reichstag eingereicht. In dieser wird darauf hingewiesen, daß die graphische Industrie mit ihren verschiedensten Berufszweigen auch zu den Erzeugern von Hilfsfabrikaten für die Tabakindustrie gehört. Nach fachmännischer Berechnung sind 10 bis 12 000 Arbeitskräfte mit der Herstellung von Reklamendruckern, Packungen und Ausstattungen beschäftigt, die durch die Tabakbesteuerung arbeitslos würden. Und für eine Industrie, wie das graphische Gewerbe, in der die Arbeitslosigkeit in den Jahren vor dem Kriege schon außerordentlich groß war, würde schon die Ausscheidung weniger Personen aus dem Produktionsprozeß merklich ins Gewicht fallen.

Besonders hart würde das Lithographie- und Steindruckergewerbe betroffen werden, welches bis zum Jahre 1906 den Weltmarkt mit seiner hochentwickelten Industrie seit Jahrzehnten beherrschte, seit zehn Jahren aber einen Kampf um seine Er-

schon in den siebziger Jahren hervorragend gewerkschaftlich tätig, gründete 1875 das Schuhmacherefachblatt „Weder“, 1878 den „Schuhmacher“ und 1883 den centralistischen Unterstützungsverein deutscher Schuhmacher. Er war immer Centralist. Seit 1884 gehört er mit wenigen Unterbrechungen dem Reichstag, seit 1893 dem Gothaischen Landtag an, dessen Vizepräsident er bald wurde. Bei der jüngsten Fraktionspaltung hat sich Pod der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft angeschlossen.

Kongresse.

Einen gewerkschaftlichen Weltfriedenskongress empfiehlt der Vorstand des Amerikanischen Arbeiterbundes in einem Rundschreiben, in dem es heißt:

„Da die Wohlfahrt der Lohnarbeiter aller Länder durch die internationalen Beziehungen in umfassendster Weise beeinflusst wird, erfordert die Gerechtigkeit, daß diesen in erster Linie Beachtung auf einem Weltfriedenskongresse gegeben wird. Die Lohnarbeiter müssen darauf bestehen, daß die Wohlfahrt des Menschen als höchstes Prinzip in internationalen Beziehungen anerkannt werde.“ Des Weiteren wird hervorgehoben, daß die internationalen Beziehungen der Völker einigen Diplomaten und Politikern zur Regelung überlassen wurden, und es bestehen wenig dauernde Einrichtungen, die eine gerechte und humane Regelung internationaler Fragen anstreben. Aus dem Haager Tribunal und der Rasse unbestimmter internationaler Gebräuche könnte sich jedoch eine ständige Einrichtung entwickeln. Das Rundschreiben lenkt ferner die Aufmerksamkeit der Leser auf die Notwendigkeit der Demokratisierung der Diplomatie, um hierdurch die internationalen Beziehungen im Interesse der arbeitenden Volksmassen beeinflussen zu können. Zeit und Ort der Abhaltung des Kongresses werden im Schreiben nicht angegeben; vorläufig wird nur so viel erklärt, daß einzig und allein Vertreter wirtschaftlicher Organisationen der Lohnarbeiter zu diesem Kongress zugelassen werden könnten. Vertreter politischer Organisationen und anderer Vereinigungen würden nicht als Delegierte zu diesem Arbeiterfriedenskongress anerkannt werden.

Literarisches.

Neuere Kriegsliteratur.

II.

Von den politischen Kriegsschriften ist in erster Linie Fr. Naumanns „Mitteleuropa“ zu nennen (Berlin, Georg Reimer, 299 S.), das zu den epochemachendsten Werken der Kriegsliteratur gehört. Es nimmt keine ausschließlich politische Stellung ein; man könnte es ebenso gut den historischen wie den volkswirtschaftlichen Büchern zuzählen, aber man wird ihm am meisten gerecht, wenn man es als hochpolitisches Werk bezeichnet. Fr. Naumann ist ein Politiker des Ideals und sein Ideal ist ein größeres Deutschland, das vom Welt bis zur Save reicht. Er sieht dieses Ideal durch den Krieg der Verwirklichung näher gebracht; es ist ihm eine historische Notwendigkeit, es wird kommen und es muß kommen. Aber dieses größere Deutschland hat mit historischen Empfindlichkeiten und wirtschaftlichen Gegensätzen zu rechnen, deshalb kann es nur in der Form einer Verständigung zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn als ein Mitteleuropa in die Wirklichkeit treten. Und auch das nur mit vielen Vorbehalten und Rücksichtnahmen, mehr in der Idee, in der An-

bahnung als in der Durchführung. Die soll man der Zeit überlassen. Aber wir sollen uns nach dem Kriege als Bürger eines neuen, werdenden Staatswesens, als Mitteleuropäer fühlen. Mitteleuropa soll vor allem eine Schützengrabengemeinschaft zur Verteidigung gegen gemeinsame Angriffe sein, wie es das alte Deutsche Reich in seiner mehr als tausendjährigen Geschichte war. Andere Länder können hinzutreten, die Türkei, die Balkanstaaten, die Schweiz, Holland, aber Deutschland und die Donaumonarchie bilden den Kern. Doch denkt Naumann weder an eine gemeinsame Auslandsgrenze noch an eine gemeinsame Verfassung; ihm genügt ein Zusammenwirken durch Staatsverträge, die sich auf die gemeinsame Regelung der militärischen und der wirtschaftlichen Angelegenheiten erstrecken. Alles andere soll zunächst Sache der Einzelstaaten bleiben: Verfassung, Konfessionen usw. Die Regelung der Wirtschaftsfragen bildet die Haupttriebkraft des werdenden Mitteleuropa; sie nimmt daher auch den größten Teil des Buches ein. Naumann verkennt keineswegs die Schwierigkeiten, die gerade auf diesem Gebiete sich aufstürmen. Es widerstrebt ihm, mit starker Hand niederzureißen und neuzugestalten; er möchte alles in eitel Harmonie lösen und kommt daher vor lauter Rücksichten zu keinen durchgreifenden Vorschlägen. Er denkt an eine Zollannäherung mit Vorzugsbehandlung und Zwischenzöllen sowie eine Art gemeinsames Wirtschaftsparlament mit einem mitteleuropäischen Wirtschaftsausschuß, etwa in Prag als erste Zelle des neuen Gebildes, und hofft im übrigen durch die Wirksamkeit gemeinsamer Syndikate eine Ueberwindung der Gegensätze zu erreichen, ein Weg, der auch von anderer Seite schon in Erwägung gebracht worden war.

Wenn schon als eigentliches Ergebnis des Buches mehr ein Ideal als greifbare Wirklichkeit verbleibt, so hat das Werk doch eine große propagandistische Kraft und enthält auch eine Fülle von Wissen aus allen Gebieten des staatlichen Lebens der beiden Großstaaten, so daß es niemand ohne Nutzen aus der Hand legen wird.

Neben Naumanns Buch verdient Dr. A. Renner's Werk „Oesterreichs Erneuerung“ (Wiener Volksbuchhandlung Jg. Brand u. Co., Wien, 160 S., 3 Mk.) einen hervorragenden Platz. Es besteht aus einer Sammlung von Aufsätzen des Verfassers, die während des Krieges in der Wiener „Arbeiterztg.“ erschienen sind und in dieser Zusammenstellung erst einem größeren Leserkreise erschlossen werden. Renner, einer der besten Köpfe der österreichischen Sozialdemokratie, steuert ebenfalls auf ein Mitteleuropa hin, und sowohl dieses Ziel, als auch seine wirtschaftspolitischen Gedanken bringen ihn an Naumanns Seite. Aber Renner ist weniger Ideologe und mehr praktischer Politiker als Naumann und hat begriffen, daß es nicht angeht, neuen Wein ganz einfach in alte Schläuche zu füllen. Er hält das alte Oesterreich durch und durch für reformbedürftig und weist mit eindringlicher Schärfe nach, wo es erneuert werden muß. Die Nationenfrage, die Verwaltung, die Zollfrage werden von ihm mit großer Sachkenntnis behandelt. Renner's Buch ist nicht lediglich für Arbeiter bestimmt; er erklärt ausdrücklich, daß er nicht als Parteimann, und nicht in erster Linie zu Parteigenossen reden wolle, weil Oesterreichs Erneuerung nach seiner Ueberzeugung nur das Werk aller Nationen und Klassen sein könne. Aus diesem Grunde soll das Buch auch nicht als Parteischrift angesprochen werden. Wir können nur wünschen, daß die klaren Gedanken Renner's recht viele Zustimmung und Anhänger finden möchten.

haltung kämpft. Von der erzeugten Warenmenge, die von mehr als 3500 Schnellpressen und ungefähr 200 Rotationsmaschinen hergestellt wird, gingen zwei Drittel in das Ausland. Diese ehemals glänzende Ausfuhr ist durch Handelsverträge seit dem Jahre 1906 schwer geschädigt worden. Die Schutzpolitik Frankreichs, Schwedens, Oesterreichs, der Schweiz und vor allem der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat diese Ausfuhr seit 1906 und 1909 erheblich vermindert, ja zum Teil fast völlig vernichtet. So sank allein die Postkartenausfuhr von 64 564 Doppelzentner im Werte von 25 335 000 Mk. des Jahres 1907 auf 34 870 Doppelzentner im Werte von 13 374 000 Mk. im Jahre 1912. Diese Einschränkung wirkte als große Berufsleids und trieb zahlreiche tüchtige Lithographen und Steindrucker in das Ausland. Der Versuch der Unternehmer, einen Ausgleich für die Verringerung des Exports durch Steigerung des Absatzes auf dem inneren Markt zu finden, war erfolglos. Auch der innere Markt war durch die verschiedensten Regierungsmaßnahmen einer ständigen Beunruhigung ausgesetzt, wodurch Handel und Verkehr gelähmt wurde. So durch die Tabaksteuererhöhungen von 1906 und 1909, ferner durch die geplante, aber glücklich abgewandte Anzeigen- und Plakatsteuer von 1909. Von diesen Schlägen hatte sich das Gewerbe bis zum Kriegsausbruch noch nicht erholt. Durch den Krieg ist der Auslandsmarkt vorläufig vernichtet und die Wiederaufrichtung des einst blühenden Kunstgewerbes wird nach Friedensschluß außerordentlich schwierig sein. Im Steindruckgewerbe laufen in Friedenszeiten mehr als 200 Maschinen fast ausschließlich auf Zigarettenpackungen in Papier und Flechdruck. Hinzu kommt noch eine großzügige Reklame mit großen Druckaufträgen für Plakate, die durch die große Konkurrenz in der Tabakindustrie für das deutsche Steindruckgewerbe immer mehr ins Gewicht fallende Arbeit brachte.

Aber nicht nur das Steindruckgewerbe wird von der drohenden Beschränkung dieser Hilfsfabrikate für die Tabakindustrie betroffen, sondern es kommen für die Herstellung der Reklameartikel aller Arten, der unzähligen Ausstattungen und Packungen, außer den Lithographen, Malern, Chemigraphen, Photographen, Buch- und Steindruckern noch tausende männlicher und weiblicher Arbeitskräfte aus dem Buchbindergewerbe, namentlich aus der Kartonnagenindustrie, und fast ebensoviel Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen in Betracht.

Die graphischen Verbände wenden sich deshalb mit aller Entschiedenheit gegen die Sonderbelastung der graphischen Berufe und erwarten von den Reichstagsabgeordneten, daß sie die Erhöhung der Tabakabgaben ablehnen werden.

Ferner hat sich der Hauptvorstand des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe mit dem Schutzverband Deutscher Steindruckereibesitzer in Verbindung gesetzt. Es wurde über die Wahrnehmung der Interessen des Gewerbes gegen den neuen Steuerplan Übereinstimmung zwischen den Organisationen der Unternehmer und Arbeiter erzielt, die in einer gemeinschaftlich unterzeichneten Petition zusammengefaßt wurde, und die ebenfalls allen Reichstagsabgeordneten zugestellt worden ist.

Unter Berücksichtigung der Kriegsverhältnisse ist also von den graphischen Verbänden alles getan worden, um die dem Gewerbe drohende Gefahr abzuwehren, und es wäre nur zu wünschen, daß diese Proteste Erfolg haben.

pl.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Der „Asphaltarbeiter“ hat eine Agitationsnummer (Nr. 8 vom 15. April) herausgegeben, die zur Arbeit für den Verband aufruft.

Die „Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung“ weist auf die Folgen der Zuderbeschränkung für die Arbeiter der Zuderwaren- und Schokoladenindustrie hin und fordert alle Betroffenen, gleichviel, ob organisiert oder nicht, auf, sich bei Entlassung an den Verband zu wenden, der die Unterstützungsgesuche an die zuständigen Behörden einreichen wird. Dasselbe Blatt teilt mit, daß trotz der bedrängten Lage des Gewerbes eine neue Gründung eines Konditorengehilfenbundes in der Meisterpresse propagiert wird. Mit Recht weist das Blatt darauf hin, daß die gegenwärtige Zeit der Zuderpolitik dazu anregen müßte, jede Zersplitterung zu vermeiden und den Wert einer starken, geschlossenen Organisation erkennen zu lernen.

Der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“ gibt aus Anlaß des 50 jährigen Verbandsjubiläums am 20. Mai d. J. eine Jubiläumsnummer heraus.

Der Centralverband der Dachbedeker schloß das 1. Quartal 1916 mit einem Kassenbestand von 121 694 Mk. ab. Die Einnahmen betragen 13 608 Mk., die Ausgaben 16 151 Mk., davon 6465 Mark für Kriegsunterstützungen.

Der „Proletarier“ schreibt über das deutsche Proletariat und den Weltmarkt:

„Die Voraussetzung eines Sieges auf dem Weltmarkt beruht auf einer bedeutenden Steigerung unserer Volksgesundheit und unserer Leistungsfähigkeit. Man könnte ohne Uebertreibung sagen, daß unsere Schichten auf dem Weltmarkt tatsächlich auf unserem Inlandsmarkt ausgefochten werden und daß die Gestaltung der Weltwirtschaft von der Gestaltung unserer Volkswirtschaft abhängt. Die eine unbestreitbare Tatsache muß in unser aller Bewußtsein übergehen: Das deutsche Volk wird nur dann imstande sein, sich seinen Anteil an der Weltwirtschaft zu erkaufen, wenn es der deutschen Arbeiterklasse gelingt, sich im Innern unseres Landes den ihm gebührenden Anteil an den materiellen und kulturellen Gütern zu erringen. Das ist der Kernpunkt, worauf es ankommt, das ist der Angelpunkt, um den sich die Zukunft Deutschlands dreht.“

Die „Allgemeine Deutsche Gärtner-Zeitung“ weist auf gewisse Schwierigkeiten hin, die die Einführung der gewesenen Sommerzeit für die Gärtnerarbeiter haben kann und stellt folgende Richtlinien für die Gehilfenschaft auf:

1. Die Einführung der „Sommerzeit“ birgt die große Gefahr einer Arbeitszeitverlängerung in sich. Letztere muß unter allen Umständen abgewehrt werden.
2. Wo es irgend anging, soll die Arbeitszeit mit der neuen Sommer-Überzeit in Einklang gebracht werden. Das heißt Arbeitsanfang und Arbeitende fallen eine Stunde früher als vordem.
3. Wo ein Früherlegen des Arbeitendes durchaus nicht anmöglich ist oder ihm unüberwindbarer Widerstand entgegenzusetzen wird, da ist auch der frühere Arbeitsbeginn abzulehnen. Oder es ist entsprechend dem Zeitraum des früheren Anlasses eine Verlängerung der Mittagspause einzufügen.“

Der Deutsche Holzarbeiterverband hatte am Ende des Jahres 1915 69 415 Mitglieder (gegen 115 039 Ende 1914). Die Gesamteinnahmen betragen 2 915 539 Mk., die Gesamtausgaben 2 166 672 Mk., das Verbandsvermögen 5 899 857 Mk. Für Unterstützungszwecke verausgabte der Verband 1 431 625 Mk., darunter für Arbeitslose 613 958 Mk. und für Kriegerfamilien 467 084 Mk.

Am 28. April ist der Redakteur des Schuhmacher-Fachblattes, Genosse Wilhelm Bod, 70 Jahre alt geworden. Bod gehört der sozialdemokratischen Partei seit 1867 an und war